

SPD demokratischer Pressedienst

P/XXVI/149

9. August 1971

Nachruf auf einen Freund

Zum plötzlichen Tod von Friedrich Regitz

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemo-
kratischen Partei Deutschlands

Seite 1 / 44 Zeilen

Deutsch-sowjetische Sportbeziehungen

Zum BRD-Besuch des Vorsitzenden des Staat-
lichen Sport-Komitees beim UdSSR-Ministerrat

Von Friedel Schirmer SPD-MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Sport und Olympische Spiele

Seite 2 und 3 / 51 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Zwei unversöhnliche Systeme"

Seite 4 und 5 / 102 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 2153
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 535 848 1000 547/
530 848 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Nachruf auf einen Freund

Zum plötzlichen Tod von Friedrich Regitz

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Nachricht vom plötzlichen Tod von Friedrich Regitz traf seine politischen und persönlichen Freunde wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ihre Fassungslosigkeit und Erschütterung erklären sich nicht nur aus dem frühen Ende dieses Lebens, sondern auch aus der Unvorstellbarkeit, daß dieser kraftvolle Mensch und energiegeladene Landes- und Kommunalpolitiker nicht mehr sein soll.

Der 46jährige "Friedel", wie er sich von engen Freunden gerne nennen ließ, strotzte geradezu von Aktivität, sowohl als Oppositionsführer im saarländischen Parlament als auch im Amt des Oberbürgermeisters von Neunkirchen. Seine Vitalität und Konzentrationsfähigkeit, seine rasche Auffassungsgabe, seine positive Einstellung zum kameradschaftlichen Teamwork und seine politische Begabung insgesamt ließen keine Zweifel daran aufkommen, daß er diesen beiden wichtigen Ämtern voll gewachsen war. Wer Friedrich Regitz, wie ich, seit seinem mutigen Einsatz für die Vertretung und Verwirklichung der Positionen der deutschen Sozialdemokratie in Sachen Saarland und sein nach Überwindung der Illegalität ungehindertes politisches Engagement für die Jugendarbeit und den Weg der SPD zur Volkspartei kennt, wundert sich darüber nicht.

Friedrich Regitz war ein Vollblut-Politiker mit viel Sachverstand, aber auch mit Herz. Seine ungekünstelte Kontaktfähigkeit zu allen Schichten der Bevölkerung sicherten ihm - weit über seine Heimatstadt Neunkirchen hinaus - das Ansehen eines populären Politikers, für den der kommunalpolitische Alltag und die Sorgen der davon berührten Bürger nicht weniger interessant und gewichtig waren als die größere und die große Politik, die im Landesparlament in Saarbrücken und im Bundestag in Bonn zur Debatte standen. Dies ist der "rote Faden" in seinem verdienstvollen, jäh beendeten politischen Wirken.

Der Weg zum Organisator und Sprecher junger deutscher Sozialdemokraten an der Saar über den Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung für das Saarland bis zum Oberbürgermeister von Neunkirchen und schließlich zum Fraktionsvorsitzenden im Landtag stand unter diesen Zeichen. Was er als Gesprächspartner unter den Bürgern war, nämlich ein geachteter "Kumpel", prägte nicht minder sein menschliches Verhältnis zu politischen Freunden und Gegnern. Er konnte sehr hart in der sachlichen Auseinandersetzung sein, ohne daß persönliche Beziehungen darunter zu leiden hatten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in Friedrich Regitz einen profilierten Landes- und Kommunalpolitiker, viele Mitglieder unserer Partei haben einen verlässlichen und lebenswerten Freund und unser Land hat einen Demokraten und Parlamentarier im Zenit seiner Schaffenskraft verloren. (-/ex/9.8.1971/ks)

Deutsch-sowjetische Sportbeziehungen

Zum BRD-Besuch des Vorsitzenden des Staatlichen Sport-Komitees
beim UdSSR-Ministerrat

Von Friedel Schirmer SPD-MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Sport
und Olympische Spiele

Mit dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der UdSSR, Sergej Pawlow, besucht am 9. August erstmals ein sowjetischer Sportpolitiker im Ministerrang die Bundesrepublik. Der Besuch von Pawlow basiert im wesentlichen auf den deutsch-sowjetischen Sportbeziehungen in den letzten zwei Jahren. Nachdem zwei Abgeordnete der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion sowie Olympia-Präsident Willi Daume und eine Delegation des Deutschen Sportbundes zu Gesprächen mit der sowjetischen Sportführung in der UdSSR waren, ist mit dem Besuch von Pawlow der Sport innerhalb von sechs Monaten zum vierten Male Gegenstand von deutsch-sowjetischen Beratungen zur weiteren Verbesserung der Beziehungen geworden. Die 200.000 DM, die die Bundesregierung seit zwei Jahren jährlich zur Förderung der Sportkontakte mit den osteuropäischen Staaten bereitstellt, können als Zeichen der Bemühungen um mehr Beweglichkeit auch für den Sport in Richtung Osteuropa - insbesondere der Sowjetunion - gewertet werden.

Es ist unzweifelhaft, daß dem Sport durch die ostpolitischen Bemühungen der SPD/FDP in Parlament und Regierung die Kontakte und Begegnungsmöglichkeiten zu den osteuropäischen Staaten erleichtert worden sind. Nur so ist auch die gewünschte Weltoffenheit der Olympischen Spiele 1972 bereits im Vorbereitungsstadium zu diesem Teil der Erde möglich. Wer mit sowjetischen Sportführern verhandelt und konkrete Ergebnisse erzielen will, sollte

davon ausgehen, daß die internationalen Sportbeziehungen für die Sowjetunion ein untrennbarer Bestandteil der Außenpolitik sind. So erklärt sich die sportpolitische Motivation der Führer im Staatlichen Komitee für Körperkultur und Sport im Zusammenhang mit der angestrebten Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 12. August 1970. Hiervon verspricht sich Moskau auch eine weitere Verbesserung der Sportbeziehungen zur Bundesrepublik, die neben repräsentativen Mannschaften besonders eine Ausweitung der Begegnungen auf Vereinsebene beinhalten muß. Als bedeutende Sportnation ist das Interesse der UdSSR an den Olympischen Spielen 1972 in München und in Kiel sowie den bilateralen Sportbeziehungen zur Bundesrepublik erfreulich groß: Fast 1.000 Sportler aus der Sowjetunion werden 1972 die XX. Olympischen Spiele als Gäste in der Bundesrepublik erleben.

Wenn die sowjetische Delegation mit Minister Pawlow an der Spitze bis zum 16. August 1971 auf Einladung von Olympia-Präsident Willi Daume Gespräche mit dem Olympischen Organisationskomitee, dem antizipierenden Parlamentspräsidenten des Bundestages, Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB, Vertretern der drei Bundestagsfraktionen und dem für das Sportressort zuständigen Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher führt, sollte man an die Ausführungen von Bundeskanzler Willy Brandt erinnern, der als Vorsitzender des Olympischen Beirates und in seiner Regierungserklärung dargelegt hatte: "Der Höhepunkt der sportlich bedeutenden Ereignisse in unserem Land werden die XX. Olympischen Sommerspiele in München und Kiel sein. Wir können dokumentieren, daß nach 1945 ein friedliebendes und demokratisches Deutschland aufgebaut ist, das die Verständigung nach allen Seiten sucht".

(-/ex/9.8.1971/ks)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Zwei unversöhnliche Systeme"

"Die Volksarmee", das offizielle Wochenblatt der Nationalen Volksarmee, veröffentlichte am 26. Juli 1971 einen Beitrag des NVA-Oberstleutnants Wolfgang Günther zur Feststellung des SED-Zentralkomitees, "es gehöre zur Dialektik des Klassenkampfes, daß im Gefolge des Erstarkens des Sozialismus auf der einen Seite und der Vertiefung der Widersprüche im Imperialismus auf der anderen Seite die Unversöhnlichkeit der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme immer stärker hervortritt". Die Ausführungen des NVA-Oberstleutnants Günther sind ein typisches Beispiel für die SED-Theorie der "Abgrenzung" und ihrer planmäßigen Vertiefung und Popularisierung.

"Gegensätzliche Pole ziehen sich an! Dieser Satz, der in der Physik erwiesenermaßen seine Richtigkeit hat, ist für die Lehre vom Klassenkampf ganz und gar untauglich. Sich daran zu erinnern, ist recht nützlich zu einer Zeit, da gewisse Leute westlich von Elbe und Werra immer noch von 'besonderen innerdeutschen Beziehungen', von einer 'Einheit der deutschen Nation' faszeln, während wir - wie das der VIII. Parteitag klarstellte - von einem gesetzmäßigen Prozeß der Abgrenzung zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus sprechen.

Wer hier recht hat, ist unschwer zu ergründen. Bereits ein kurzer Blick in die Geschichte beweist das. Seit der Herausbildung des Privateigentums an Produktionsmitteln besteht eine tiefe Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. 'Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen im steten Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen', heißt es im Kommunistischen Manifest.

Auf deutschem Boden war das nicht anders, erst recht nicht zuzeiten der imperialistischen Klassenherrschaft. Worin bestanden denn die 'innerdeutschen Beziehungen'? Mit Lüge und Terror, mit Zuckerbrot und Peitsche kämpfte die Reaktion gegen den von der Arbeiterklasse und ihrer Partei repräsentierten Fortschritt. Sie kerkerte die Besten des Proletariats ein, folterte sie zu Tode, ließ Millionen für ihre imperialistischen Interessen auf den Schlachtfeldern des ersten und zweiten Weltkrieges verbluten. Das Proletariat und seine marxistisch-leninistische Partei grenzten sich ihrerseits ab, indem sie nie aufhörten, für die Beseitigung der Ausbeuterordnung zu kämpfen.

Selbstverständlich hörten die unversöhnlichen Klassengegensätze nicht zu bestehen auf, als sich die deutsche Arbeiterklasse 1949 ihren eigenen Staat schuf. Nunmehr standen sich auch zwei Staaten gegenüber: die BRD, in der das Monopolkapital über die Mehrheit des Volkes willkürlich herrscht und die aufs engste mit den

USA, der imperialistischen Hauptmacht, verbündet ist; und die DDR, in der die Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern die Macht des Volkes zur höchsten Form der Demokratie entwickelte, und die in der sozialistischen Staatengemeinschaft integriert ist, deren Hauptkraft die Sowjetunion ist. Jetzt begann erst recht ein Prozeß der Abgrenzung, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfaßte.

Während in Westdeutschland das monopol-kapitalistische System restauriert wurde, schuf das werktätige Volk in der DDR neue sozialistische Produktionsverhältnisse. Das kapitalistische Produktionsprinzip, das Erwirtschaften von Profit um jeden Preis, wurde abgelöst durch die gemeinsame Arbeit für das Wohl aller.

Natürlich ging zum Beispiel der Prozeß der ökonomischen Abgrenzung nicht von einem Tag zum anderen vor sich. Noch gab es in der Wirtschaft traditionelle Verbindungen aus der Vorkriegszeit, war unsere Industrie in vielen Fällen abhängig von Maschinen und Rohstoffen aus Westdeutschland. Solche 'innerdeutschen Beziehungen' erwiesen sich aber als geeignetes Mittel in den Händen des westdeutschen Monopolkapitals, unseren kontinuierlichen Aufbau immer wieder zu stören.

Horrende Summen gingen uns im Ergebnis der Ausplünderung der DDR über die offene Grenze verloren - bis zu jenem 13. August 1961, als wir mit derartigen 'Beziehungen' ein für allemal Schluß machten.

Die Abgrenzung in den ökonomischen und politischen Grundlagen der beiden deutschen Staaten wirkte sich gesetzmäßig auf alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus.

Entwickelte sich zum Beispiel in der DDR eine eigenständige sozialistische Nationalkultur, eine Kultur des gesamten Volkes, bei der die Gedanken und Empfindungen der Werktätigen, die Schönheit unseres sozialistischen Lebens immer besser im Mittelpunkt des künstlerischen Schaffens stehen, zeigt die Kultur der Bundesrepublik immer deutlichere Verfallserscheinungen, haben dort Film, Theater, Literatur einen nie erlebten Tiefstand erreicht.

Oder nehmen wir unsere demokratische Bildungsreform, die den Bildungsprivilegien der Bourgeoisie den Todesstoß versetzte. Das ist eine Abgrenzung zur imperialistischen Bundesrepublik, die an Deutlichkeit und Dauer nichts zu wünschen übrig läßt. Sollen wir uns etwa in irgendeiner Form einem Staat nähern, der zuläßt, daß lediglich sechs Prozent aller Studenten Arbeiterkinder sind?

Alles Gerede in Westdeutschland von einer sogenannten Einheit der deutschen Nation und einem 'besonderen Charakter der Beziehungen' zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD ist somit völlig absurd, widerspricht den Realitäten. Es soll offensichtlich diejenigen unterstützen, deren Politik nach wie vor - wenn auch auf Umwegen - darauf gerichtet ist, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fundamente unseres Staates auszuhöhlen. Es soll darüber hinwegtäuschen, daß zwischen diesen beiden Staaten lediglich Beziehungen nach den Regeln des internationalen Völkerrechts, nach dem Prinzip der friedlichen Koexistenz möglich sind, denn Sozialismus und Imperialismus sind unversöhnliche Systeme. Gerade im Interesse normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD werden wir uns daher auch in Zukunft ganz abgrenzen, im Interesse unseres weiteren Vorwärtsschreitens, im Interesse des Friedens und des Sozialismus".

(-/ex/9.8.1971/ks)